

Stadtverordneten-Sitzung.

Sitzung vom 7. Mai.

Anwesend sind am Vorstandstische die Herren Geh. Reg.-Rath Gneff, Baumeister Schulze; am Magistratstische die Herren Bürgermeister Dr. Schmidt, Stadtbaurath Wenzner, Stadtschulrath Dr. Krähe, Stadträte von Holly, Johannes, Bernial, Bönit, Ernst, Pfefferstein, Pfeffer;

und die Stadtverordneten: Apelt, Ahmann, Dr. Baumert, Bergmann, Bethke, Billing, Brinmann, Brümme, Dietlein, Elze, Freyberg, Friedrich, Fochsche, Dr. Fürtch, Geiser, Henze, Herr, Herz, Herzfeld, Hilbrandt, Hofmeister, Dr. Hüllmann, Jenzig, Dr. Keil, Klinkhardt, Robert, Koeniger, Dr. Köhlichütter, Kühn, Kesse, Otto, Paul, Panse, Pausch, Reich, Rath, Sachs, Schmidt, Schulz, Sommer, Steiner, Steinhaus, Weise, Welsch, Wether.

Entschuldigt sind die Herren St.-B.: Haffe, Brüncke, Haase, Demuth;

zeitweise sind entschuldigt die Herren St.-B.: Dittnerberger, Zander, Schulz;

unentschuldig fehlt der Herr St.-B.: Schütte.

Beginn der Sitzung 4¹/₄ Uhr.

Vorsitzender: Es ist mir eine Petition von dem dritten kommunalen Bezirksverein bezüglich der Vereinigung der Pferdebahn mit der elektrischen Bahn zugegangen. Die Petenten sagen, daß sie eine gleiche Petition an den Magistrat gefandt haben. Wir werden also warten müssen, welche Stellung der Magistrat zu der Sache einnimmt. Ich schlage vor, daß wir die Petition nach 4 Wochen wieder vorlegen lassen.

Es wird so beschloffen.

1. und 2. Annahme von Legaten gegen Uebernahme der Unterhaltung von Erbgräbnissen.

Berichtsfatter St.-B. Apelt: Der Messerschmiedemeister Hermann Kubloff hat gebeten, die Pflege und Unterhaltung seiner Erbgräbnisse Nr. 489/90 auf dem Nordfriedhofe gegen Zahlung eines Kapitals von 600 Mk. Seitens der Gottesackerverwaltung bis zum 12. August 1982 zu übernehmen. Der Magistrat hat beschloffen, dem Gesuche unter der Voraussetzung stattzugeben, daß der eine Grabhügel noch in Ordnung gebracht wird. Die Versammlung wird ersucht, diesem Beschlusse beitreten zu wollen.

Die verwitwete Frau Teubner, Marie geb. Kane hat sich bereit erklärt, der Gottesacker-Verwaltung ein Kapital von 600 Mk. in Preussischen 3¹/₂% Konfols zu überweisen, wenn ihr die ordnungsmäßige Pflege und Unterhaltung der beiden Erbgräbnisstellen Nr. 477 und 478 auf dem Nordfriedhofe bis zum 10. Mai 1982 zugesichert wird. Auf ihre Bezeit will sie für Pflege und Unterhaltung der Gräber selbst sorgen und bis dorthin die Nutzung des Kapitals sich vorbehalten.

Der Magistrat hat beschloffen, das Anerbieten anzunehmen und ersucht die Versammlung, seinem Beschlusse beizutreten.

Die Anträge werden genehmigt.

3. Bauliche Veränderungen an der Peiskitz-Restaurations.

Unter Beifügung der Vorgänge, Zeichnungen und Anschläge ersucht der Magistrat die Versammlung, den nachstehend aufgeführten Umbauten bezw. Ergänzungsbauten für das Restaurationslokal auf der Peiskitz zuzustimmen und die erforderlichen Summen aus der Anleihe bewilligen zu wollen, und zwar:

- | | |
|--|---------|
| 1. für Herstellung eines Treppenanbaues an der westlichen Seite der Terrasse . . . | 800 Mk. |
| 2. für Herstellung zweier Windfänge im großen Saal . . . | 320 " |
| 3. für Herstellung einer Gartenbeleuchtung durch Gas- & Glühlicht . . . | 1300 " |
| 4. für Herstellung eines Kühlraumes . . . | 610 " |
| 5. für Ausmauerung eines Gurtbogens zc. . . | 80 " |
| Summa 3110 Mk. | |

Ueber die fernerhin noch bringend notwendige Veränderung der Abortverhältnisse im Gebäude und die Errichtung einer besonderen Bedürfnisanstalt außerhalb des Gebäudes wird der Magistrat der Versammlung in kürzester Zeit noch eine besondere Vorlage machen. Bislang war die Aufstellung der hierzu erforderlichen Projekte wegen augenblicklicher Ueberlastung des Stadtbauamtes noch nicht möglich, weshalb der Magistrat zunächst die vorsehend angegebene, nach seinem Dafürhalten ganz besonders dringenden Arbeiten zur Ausführung bringen möchte.

Berichtsfatter der Baukommission St.-B. Friedrich: Die Baukommission empfiehlt statt einer zwelarmigen eine einarmige Treppe anzulegen für den Wirtschaftsbetrieb und dafür nur 600 Mk. einzulegen. Die Windfänge sollen außerhalb des Saales angebracht und dafür statt 320 Mk. 1070 Mk. bewilligt werden. Sie schlägt ferner für die Beleuchtung 1450 Mk. für die Herstellung eines Kühlraumes 600 Mk., für die Ausmauerung eines Gurtbogens 65 Mk. vor. Demnach betragen die gesammten Kosten 3785 Mk.

Ich bitte diese Anträge anzunehmen.

St.-B. Kesse: Ich stelle den Antrag, statt der Auerbrenner einfache Gasbeleuchtung einzurichten, da die Auerbrenner sich im Freien nicht bewährt haben. Ich bitte daher, die Summe zu bewilligen, erst aber noch eine Prüfung über die Güte der Auerbrenner für den gedachten Zweck anstellen zu lassen.

Die Anträge der Baukommission und der des St.-B. Kesse werden angenommen.

4. Mittelbewilligung für Pflasterung.

In der Sitzung vom 22. Februar 1894 genehmigte die Versammlung die Einstellung von Mitteln in den Etat für

- | | |
|---|----------|
| 1. Vergrößerung und Neupflasterung der Bergstraße mit . . . | 3500 Mk. |
| 2. Pflasterung der Gaudaerstraße mit . . . | 8400 " |
| 3. Pflasterung der Schulstraße von Barfüßerstraße bis zur alten Promenade mit . . . | 1800 " |
| 4. Pflasterung der großen Schloßgasse mit . . . | 3100 " |
| 5. Pflasterung hinter der Ulrichstraße mit . . . | 1200 " |
| 6. Befestigung von Schlackenstein-Uebergängen mit . . . | 4200 " |
| 7. Herstellung von Trottoir-Uebergängen mit . . . | 5000 " |
| 8. Herstellung von Hofait-Pflasterungen mit . . . | 2200 " |
| 9. Regulierung der Robert-Franzstraße zwischen Mühlenbrücke und Schießgraben mit . . . | 14800 " |
| 10. Pflasterung der Wolfsschlucht zwischen Wörmlicher- und Beelenerstraße mit . . . | 6750 " |
| 11. Umlegung des Stadtbahngeländes auf der Klausbrücke mit . . . | 200 " |
| 12. Ausbesserung der Schlaglöcher in der großen Ulrichstraße zwischen der großen Steinstraße und der Schloßgasse. | |

Durch die Beschränktheit der etatlich für 1894/95 zur Verfügung stehenden Mittel mußten indes die unter Position 3, 4, 6, 7 und 8 aufgeführten Arbeiten für das laufende Etat-

Jahr wieder ausgeschieden werden. Die Versammlung wird erlucht, sich mit dieser Maßnahme einverstanden zu erklären und die unter Kap. XIV. D. II pos. 2, 3, 4, 8, 9 und 10 des laufenden Etats vorgesehenen Mittel nach Maßgabe der beigefügten Anschläge nimmere endgültig bewilligen zu wollen.

Ueber Pflasterung der großen Ulrichstraße von Nr. 1 a. — pos. 6 — ist bereits beschlossen worden.

An den aufgeführten etatmäßigen Einzelsummen tritt nur insoweit eine Aenderung ein, als bei Auffüllung eines besonderen Kostenanschlages für die Regulierung der Straße der Robert-Franzstraße zwischen Mühlenforde und Pölzer Schießgraben statt der schätzungsweise eingelegten Summe von 14800 M. eine solche von 13900 M. sich ergeben hat.

Berichterstatter St.-B. Hildebrandt: Die Baukommission empfiehlt den Magistratsantrag mit dem Zusatz, gleichzeitig die Bürgersteige in der Friedrich- und Glauchaerstraße herstellen zu lassen.

St.-B. Brinkmann: Bei der Finanzlage der Stadt halte ich es für richtiger, von der Pflasterung der Robert-Franzstraße abzusehen. Die Straße hat zu gut wie keinen Wagenverkehr, sondern wird nur von Fußgängern benutzt.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Die größte Summe ist für die Erdarbeiten eingelegt, die doch gemacht werden müssen.

Für die Pflasterung sprechen sich noch die Herren Hillmann, Otto, Hesse, Betsche aus. Der Magistratsantrag wird schließlich angenommen.

5. Mittelbewilligung für Herstellung von Bürgersteigen.

Berichterstatter St.-B. Hildebrandt: Der Magistrat beantragt, die Herstellung der noch fehlenden Bürgersteige in der Bergstraße Nr. 1 und 2 genehmigen und die Kosten im Betrage von 1000 M. a conto Kap. XIV D. II pos. 7 des laufenden Haushaltsplanes bewilligen zu wollen.

Der Antrag wird genehmigt.

6. Verbreiterung des Bürgersteiges vor den Häusern Niederplatz 4 und Leipzigerstraße 58.

Die Hotelbesitzer Wessner und Stünkel haben um Verbreiterung des Bürgersteiges vor ihren Grundstücken Niederplatz 4 und Leipzigerstraße 58 gegen Ertragung der auf 1000 M. veranschlagten Kosten und um demnachlässige Ueberlassung eines Theiles des verbreiterten Bürgersteiges zum Restaurationsbetriebe gegen Gewährung einer jährlichen Miete von 150 M. gebeten. Unter der Bedingung jederzeitigen Widerrufs hat der Magistrat sich mit dem Gesuche einverstanden erklärt und beantragt, der getroffenen vorläufigen Vereinbarung nach Maßgabe der beigefügten Verhandlungen zuzustimmen und die Verbreiterung des Bürgersteiges vor den gedachten Grundstücken gemäß der beigefügten Zeichnung vom 12. April ds. Jrs. genehmigen zu wollen. Die Ausführung soll gegebenen Falles selbstverständlich erst in Angriff genommen werden, wenn die Gesuchsteller die auf 1000 M. veranschlagten Kosten an die Stadtkasse gezahlt haben werden.

Berichterstatter der Baukommission St.-B. Schmidt: Der Magistrat hat erklärt, daß eine Verbreiterung durchführbar wäre. Die betreffenden Besitzer haben sich bereit erklärt, die Kosten für dieselbe zu übernehmen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen in ihrer Mehrheit, den Antrag des Magistrats anzunehmen.

Berichterstatter der Finanzkommission St.-B. Steiner: Die Finanzkommission ist zu gegentheiligem Beschlusse gekommen. Die Durchführung des Projektes bedingt eine Verengerung der Straße um 2 Meter. Darauf glauben sie nicht eingehen zu können. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß auch der Bürgersteig, welcher auf 1% Meter zurückgeführt werden wird, entschieden zu schmal ist. Endlich wurde darauf hingewiesen, daß die Passanten durch den Restaurationsbetrieb belästigt werden würden. Aus allen diesen Gründen kam die Kommission zur Ablehnung der Vorlage. Es sind dies dieselben Gründe, die gegen den

Antrag des Besitzers des Reichshofes geltend gemacht worden sind.

Die Minorität der Finanzkommission war entgegenge-setzter Meinung. Sie glaubte nicht, daß der Verkehr gehindert würde. Auch könnte man ja jeden Augenblick die Konzeption wieder zurückziehen.

Ich empfehle die Vorlage abzulehnen.
St.-B. Friedrich: Meine Herren! Ich würde der erste sein, der dagegen spräche, wenn der Verkehr dadurch behindert würde. Derselbe muß uns obenanstehen. Der dortige Verkehr ist aber sehr minimal.

Sie sollten hier einen Versuch machen, da ja die Konzeption auf Widerruf genehmigt werden soll. Meiner Ansicht nach sind wir auf den Bürgersteigen nur gebudelt. Es ist das die Empfindung, die sich uns aufdrängt, wenn wir leben, wie in den süddeutschen Städten die Bewohner den Bürgersteig für ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten benutzen. Wir dürfen das nicht.

Ich werde für die Sache stimmen.
St.-B. Sachs: Meine Herren! Die Vergleiche, die die Herren mit dem Reichshof gezogen haben, stimmen nicht. Wenn die Herren vom Verkehr sprechen, so sind sie zu einer Stunde gekommen, wo kein Verkehr war. Ich habe mich dorthin begeben und gesehen, daß der Verkehr ein ganz bedeutender ist. Mit dem Moment aus, mit dem Sie dies bewilligen, wird der Reichshof keine 1000 M. mehr zahlen. Er wird einkommen um einen billigeren Preis. Außerdem werden nun Viele mit denselben Anträge kommen. Ich bitte, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Wenn der Reichshof nicht mehr 1000 M. bezahlen will, so wird er die Konzeption nicht weiter behalten. Der Preis wird abgedrückt nach der Fläche, dem Werte des Terrains und nach dem Werte, die die Konzeption haben wird.

Sollten auch Anträge wegen Konzeptionserteilung in ähnlichem Sinne kommen, so kann ich doch nicht so weit gehen, die Konzeption zu verlagen aus Furcht vor den Konsequenzen.

St.-B. Betsche: Wir haben früher darauf Gewicht gelegt, die Verkehrswege so breit wie möglich zu machen. Die Verringerung des Fahrgeweges und des Bürgersteiges widerspricht unseren früheren Beschlüssen. Auch aus diesem Grunde bittet die Finanzkommission die Ablehnung der Vorlage.

Stadtsanrath Gensmer: Der Bürgersteig ist meines Erachtens an der Stelle zu breit. Die Anlage wird Niemandem föhren, aber der Stadt zur Erde gereichen. Ich würde es auf's Tiefste bedauern, wenn die Vorlage abgelehnt werden würde. Wir würden dann wohl nie dahin kommen, eine gewisse Freiheit und Abwechslung zu schaffen. Wir wollen doch auch eine schöne Stadt haben!

Ich kann mir Vortheile in der Vorlage finden und bitte deshalb um deren Annahme.
Vor-sitzender: Ich werde gegen die Vorlage stimmen. Ich halte dafür, daß dieser Platz für die Anlage nicht geeignet ist. Ich halte die Anlage für eine Beschränkung des Verkehrs und nicht für eine Verbesserung, sondern für eine Verschlechterung des Platzes.

Der Antrag wird mit geringer Majorität genehmigt.

8. Ermäßigung des Preises für Gas, welches nicht zu Leuchtzwecken dienen soll.

Das Anratorium der Gaswerke hat beschlossen, den Preis für Gas, welches nicht zu Leuchtzwecken verwendet wird, auf 10 Pfg. pro cbm zu ermäßigen, dagegen den jetzt bestehenden Preis für Leuchtgas beizubehalten. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten und erlucht die Versammlung, sich damit ebenfalls einverstanden zu erklären.

Berichterstatter St.-B. Hildebrandt: Das Anratorium der Gas- und Wasserwerke hat zur Ermäßigung des Gaspreises verschiedene Stufen aufgestellt. Der Magistrat ist denselben aber nicht beigetreten, sondern empfiehlt, die bisherige Stala beizubehalten und nur den Preis des Gases

für Koch- und Heizzwecke und für Motore auf 10 Pfg. herabzusetzen. Ich bitte diesem Antrage zuzustimmen.

St.-B. Sachs: Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages. Nur hat sie beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, von der vorgeschlagenen Preisermäßigung den Konsum an Gas, welcher für Motore zur elektrischen Beleuchtung dient, auszuschließen.

St.-B. Riese: Das ist nicht der Antrag, den ich eingebracht habe. Hier kommt etwas ganz anderes heraus, als was ich gewollt habe. Ich wollte eine Revision der Rabattsätze für Gas.

St.-B. Schmidt: Ich kann dem Vorschlage nur zum Theil zustimmen. Ich acceptire die Preisermäßigung für Motore, ausgenommen die für elektrische Beleuchtung. Ich bin dagegen gegen eine Herabsetzung des Preises für das zu Heizzwecken abzugebende Gas. Darin liegt eine Ungerechtigkeit. Die Leute, die unbedingt Gas zu ihrem Gewerbe brauchen, müssen 18 Pfg. bezahlen, und nur die Reichen brauchen 10 Pfg. zu geben.

Leihen Sie möglichst einstimmig den Antrag ab. Der Magistrat mag mit einer anderen Vorlage kommen, nach der die Abnehmer gleichartig gestellt werden.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Der Grund, weshalb wir einer Revision der Beleuchtungsstala nicht beitreten konnten, liegt in der Finanzlage der Stadt. Wir sind nicht im Stande, Veränderungen in der Rabattstufen vorzunehmen. Wir sind hierzu um so weniger im Stande, als der Konsum zurückgegangen ist.

Der Herr Vorredner findet darin eine Ungerechtigkeit, daß man Gas, das zu Heiz- und Kochzwecken gebraucht wird, billiger abgibt. Der größte Konsum an Gas findet in den Abendstunden statt. Wenn nur außerhalb dieser Zeit Gas gebraucht wird, so ist dazu nicht eine Vergrößerung unserer Anlagen erforderlich. Die vorhandenen Einrichtungen sind ausreichend, den Konsum zu bewältigen. Dieses Gas kann daher billiger abgegeben werden. Das ist nicht nur in Halle, sondern auch in anderen Städten der Fall. Diese Ermäßigung kommt nicht allein den Wohlhabenden zu gute, auch den kleineren Gewerbetreibenden. Die Verbreiterung der Gasmotoren ist gegenwärtig eine verhältnismäßig noch geringe. Es ist zu erwarten, daß mit der Ermäßigung des Gaspreises die Zahl derben zunimmt.

Stadtrath Pfeffer: Es ist gerade in kleineren Familien das Bedürfnis vorhanden, Gas zu Heiz- und Kochzwecken zu haben. Wir sehen hierin gerade einen Hauptwerth der Ermäßigung.

St.-B. Betsche: Der jetzige Vorschlag des Magistrats will durch den Ausfall, der durch die Auerbreiterer entstanden ist, eine andere Einnahmequelle schaffen. Die wirtschaftlichen Prinzipien unserer Gasanstalt halte ich für sehr richtig.

St.-B. Schulz: Wenn es sich um Ermäßigung des Preises für Gas für Leuchtzwecke handelt, so führt Herr Bürgermeister Dr. Schmidt aus, so läßt das die Finanzlage unserer Stadt nicht zu. Diese wird aber nicht besser. Wenn seit 10 Jahren aus der Bürgerschaft ein Nichtstheil kommt, so müßte der Magistrat denselben entgegenkommen. Der gestellte Antrag ging auch dahin, gerechtere Rabattsätze einzuführen. Wir freuen uns, ein solches Institut wie die Gasanstalt zu haben. Wenn aber das Monopol zu sehr ausgedehnt wird, dann müßte das Gas etwas billiger abgegeben werden. Ich bin der Meinung, daß der Konsum größer wird, wenn das Gas zu Leuchtzwecken zu niedrigerem Preise verkauft wird. Wenn das um einen Pfennig geschieht, so wirkt das schon.

Ich bitte die Vorlage abzulehnen. Wollen Sie etwas thun, dann schaffen Sie eine allgemeine Ermäßigung oder geben Sie, was die Versammlung verlangt hat, eine Revision der Rabattsätze.

St.-B. Hillmann: Der Nichtstheil der Bürgerschaft ist eine Phrasen. Die Bürger, die da sprechen, sind die Mi-

norität. Die Breite von 18 Pfg. gehören schon der großen Minorität von Städten an. Die Gasermäßigung geht von denen aus, die darunter schwer leiden, von den Restaurateuren und Ladenbesitzern. Mit dem Mierlicht, bei dem sie weniger verbrauchen, föhren die Klagen auch allmählich auf.

Die Herabsetzung des Preises ist nicht allein für die Reichen bestimmt. Wenn erst die besseren Einrichtungen für Kochen und Heizen mit Gas bei uns allgemeiner sein werden, dann wird die beabsichtigte Herabsetzung der Gaspreise viel für die Gewerbetreibenden, kleinen Handwerker u. s. w. wirken.

St.-B. Schmidt: Ich bitte, den Antrag, mit Ausnahme der Abgabe des Gases für Motore, so lange abzulehnen, bis der Magistrat eine neue Stala bringt.

St.-B. Klitzhards: Bereits am 18. Mai 1885 habe ich bei einer Verhandlung bezüglich der Gasanstalt den Antrag eingebracht, der Magistrat möge eine Ermäßigung der Gaspreise in Erwägung ziehen, resp. eine andere Normierung herbeiföhren. Dieser Antrag wurde seiner Zeit auch angenommen. Ich habe damals geltend gemacht, daß gerade der hohe Gaspreis es bedingte, daß man mit dem Gas sehr sparsam umgehe und daß man sehr vorsichtig sei in der Anlage von Gasbeleuchtung.

Schon aus dem Grunde, daß die Kohlen gegenwärtig sehr billig sind, sollte eine Ermäßigung herbeigeföhrt werden. Ich bitte, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu einer neuen Normierung zu veranlassen.

St.-B. Riese: Bei einer früheren Herabsetzung des Preises hat sich der Konsum gesteigert. Das wird auch diesmal der Fall sein.

Der Antrag des Magistrats mit dem Zusatz der Finanzkommission wird angenommen, ebenso der Antrag Schulz, betreffend die Revision der Rabattsätze.

Nr. 7 und 9 bis 12 der Tagesordnung fallen aus.

Anfänger der Tagesordnung wird über einen Antrag, die Schieferbrücke betreffend verhandelt.

Berichterstatter St.-B. Friedrich: Sie haben am 12. März beschlossen, die Schieferbrücke neu herzustellen. Sie haben aber die Bewilligung der Summe davon abhängig gemacht, daß der Staat einen Zuschuß von 44 000 M. leiste.

Nun hat sich der Magistrat an die beteiligten Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen gewandt und in einem übereinstimmenden Schreiben gesagt:

„Falls Gw. Excellenz es für unzulässig halten sollten, die Verpflichtung zur späteren Zahlung des in Aussicht gestellten Kostenbeitrages und der Ablösungssumme für den dem Fiskus zur Last fallenden Unterhaltungsbeitrag auszusprechen, bevor der Landtag die Kostenbeiträge bewilligt hat, so bitten wir ganz gehorsamt, uns wenigstens die Zusage zu geben, daß die erwähnten Kostenbeiträge in den Staatshaushaltsplan für 1895/96 eingestellt werden sollen. Eine solche Erklärung würden wir für genügend ansehen, um den Bau sofort in Angriff zu nehmen.“

Darauf sind aus den beiden Ministerien Berichte gekommen, daß die Minister bereit sind, den Beitrag von 44 000 M. in den Staatshaushaltsplan für 1895/96 einzustellen, die Ablösungssumme von 8891 M. aber auf anderweite Weise stillig zu machen.

Nachdem der Magistrat das Schreiben bekommen hat, ist er der Ansicht, daß wir die Zusage haben, daß die Staatsbehörden die Summen genehmigen. In unserem Staatszwecken ist auch ein anderes Vorgehen unmöglich. Der Magistrat hat nun den Antrag gestellt, mit dem Bau der Brücke unverzüglich zu beginnen.

Die Baukommission hat einstimmig beschlossen, den Antrag des Magistrats zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

Druck und Verlag von W. Kutschbach. — Verantw. Redakteur Wilhelm Teske, Leibe in Halle a. S.

